



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch SPD**

Loewe-Insolvenz: Der Freistaat muss den Beschäftigten helfen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich mit voller Kraft für die Beschäftigten des insolventen Unternehmens Loewe in Kronach einzusetzen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss über ihre Aktivitäten und Maßnahmen in Bezug auf die Insolvenz des Unternehmens Loewe, insbesondere für die Beschäftigten, zu berichten.

Begründung:

Am 25.06.2019 hat das Traditionsunternehmen Loewe, der letzte verbliebene namhafte Hersteller von Fernsehgeräten in Deutschland, angekündigt, den Antrag auf Insolvenz in Eigenregie zurückzuziehen, da keine Geldgeber gefunden worden seien. Infolgedessen wird die Produktion in Kronach bereits zum Wochenende eingestellt; die Gehälter der über 400 Angestellten seien nur bis zum 01.07.2019 gesichert.

Das Unternehmen Loewe hat für die ohnehin strukturschwache Region Oberfranken eine immense Bedeutung. Mehr als 400 Menschen und ihre Familien sind von der Insolvenz betroffen und stehen jetzt kurzfristig vor dem Nichts. Die Staatsregierung hätte hier bereits in der Vergangenheit aktiv werden müssen.

Die Lethargie der Staatsregierung ist nun aber unverzüglich zu beenden: sie muss prüfen, wie sie den betroffenen Menschen vor Ort und damit der ganzen Region helfen kann. Sie muss sämtliche in Betracht kommende Möglichkeiten prüfen, das Unternehmen zu retten, etwa durch eine Beteiligung; jedenfalls aber muss sie schnellstmöglich prüfen, wie den betroffenen Mitarbeitern geholfen werden kann, etwa durch eine Auffanggesellschaft. Es muss alles versucht werden, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht bereits Anfang Juli keinen Lohn mehr erhalten. Andernfalls muss die Staatsregierung Möglichkeiten schaffen, etwa durch Behördenverlagerungen, den Verlust der Arbeitsplätze zu kompensieren.

Die Staatsregierung muss über sämtliche Aktivitäten in diesem Zusammenhang im zuständigen Ausschuss berichten.